



## Presseinformation

Nr. 230/2002

Kiel, Donnerstag, 18. Juli 2002

Schulpolitik/Zentralabitur

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Dr. Christel Happach-Kasan, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Christel Aschmoneit-Lücke, MdL**

**Joachim Behm, MdL**

**Dr. Heiner Garg, MdL**

**Günther Hildebrand, MdL**

### Ekkehard Klug: Zentralabitur bietet keine Gewähr für Qualität gymnasialer Bildung

Zu der zwischen Ministerpräsidentin Heide Simonis und Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave geführten Diskussion über das Zentralabitur erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Ein Zentralabitur bietet überhaupt keine Gewähr für die Qualität gymnasialer Bildung. Mehrere Bundesländer mit Zentralabitur haben beim PISA-Ländervergleich grottenschlecht abgeschnitten. Schleswig-Holsteins Gymnasien erreichen dagegen ohne Zentralabitur innerhalb Deutschlands Spitzenergebnisse. Deshalb befindet sich Heide Simonis in dieser Sache auf dem Holzweg. Die Kultusministerin hat gute Gründe für ihre ablehnende Haltung“.

Klug ergänzte: „Den Schulen droht von Regierungschefs, die nach PISA jetzt in der Bildungspolitik dilettieren, mindestens genauso viel Ungemach wie von Kultusministern, die sich nicht gegen Sparauflagen durchsetzen können“.

Gute Bildungsqualität an den Schulen habe, so Klug, mehrere Voraussetzungen: engagierte und kompetente Lehrer, die sich an anspruchsvollen Bildungszielen orientieren; Schüler, deren Lernbereitschaft und Leistungsfähigkeit diesen Anforderungen gerecht wird, und nicht zuletzt auch eine zufriedenstellende Personal- und Sachausstattung der Schulen als Rahmenbedingung für den Unterricht. „Wann immer einer oder mehrere dieser Faktoren ‚schwächeln‘, wird das Ergebnis unter den Erwartungen bleiben“, meinte Klug.

Der FDP-Abgeordnete forderte die Ministerpräsidentin auf, sich gemeinsam mit der Kultusministerin für den Erhalt aller Betreuungsangebote an den Grundschulen des Landes einzusetzen. Dieses aktuelle Thema sei eine „Nagelprobe für die Fähigkeit der rot-grünen Landesregierung, aus der PISA-Debatte erforderliche Konsequenzen zu ziehen“. Darüber hinaus sei auch die von Ministerin Erdsiek-Rave angekündigte bessere Sprachförderung ausländischer Schülerinnen und Schüler ein wichtiger Schritt auf dem Weg aus der PISA-Misere.